



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 7. Ratssitzung vom 24. Juni 2026

301. 2025/320

Motion von Johann Widmer (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 09.07.2025:

Umsetzung der Handlungsfelder und Empfehlungen zur Verwaltungsreform gemäss Beilage zum STRB Nr. 624/2022

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Stadtpräsident namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

***Johann Widmer (SVP)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4874/2025): Es handelt sich hierbei um ein langjähriges Anliegen. Im Kern fordern wir die Umsetzung von Handlungsfeldern und Empfehlungen zur Verwaltungsreform. Eine solche Reform steht unserer Ansicht nach schon lange an. Wie wir erneut feststellen mussten, werden die Stadträte immer teurer. Dies war ein wesentlicher Grund für unseren Vorstoss zu «7 statt 9» Stadträten. Die Antwort des Stadtrats weicht stark davon ab: Man verweist darauf, dass eine Änderung der Gemeindeordnung sowie des Gemeindegesetzes notwendig sei. Folglich falle das gesamte Anliegen in die Zuständigkeit des Stadtrats, was diesen jedoch nicht zur Erstellung eines entsprechenden Entwurfs verpflichte. Unser Anliegen wird somit einmal mehr abgeschmettert. Es wird verkannt, dass eine Verschlan-
kung der Stadtverwaltung und Gesundung der Finanzen dringend notwendig sind. Wir bedauern die abschlägige Antwort und regen stattdessen an, der Motion zuzustimmen, damit eine längst überfällige Verwaltungsreform endlich in Angriff genommen wird.*

Namens des Stadtrats nimmt der Stadtpräsident Stellung.

***STP Raphael Golta:** Das Gemeindegesetz regelt die Zuständigkeit für die Verwaltungsorganisation eindeutig: sie liegt beim Stadtrat. Aus diesem Grund ist der Vorstoss nicht motionsfähig. Selbstverständlich sind wir bereit, einen Dialog zu führen – diesbezüglich wurde bereits eine Interpellation oder Anfrage eingereicht – doch können Sie uns die Organisation nicht vorschreiben. Zudem möchte ich die Motionäre beruhigen: Selbst bei Lohnerhöhungen würde der Aufwand der Stadtverwaltung nicht um 30 Prozent steigen; so gravierend ist der Unterschied nicht. Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen.*



Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL): Wir lehnen die Motion – auch als Postulat – ab, da eine Reduktion von 30 Prozent alles andere als angebracht erscheint. In einem Punkt muss ich der SVP jedoch recht geben: Der Verweis auf den Stadtratsbeschluss ist berechtigt. Ursprung ist ein einige Jahre altes Postulat, das den Stadtrat im Nachgang zur «7 statt 9»-Abstimmung aufforderte, sich mit der eigenen Organisation zu beschäftigen. Ein entsprechender Bericht wurde in Auftrag gegeben und ist inzwischen öffentlich zugänglich. Allerdings vergingen mehrere Jahre, bis dieser im Gemeinderat beraten werden konnte, da der Stadtrat ihn zunächst nicht einmal der zuständigen Kommission zur Verfügung stellte. In der Kommission beteuerte die damalige Stadtpräsidentin zwar, die identifizierten Handlungsfelder unbedingt umsetzen zu wollen; geschehen ist nichts. Der Stadtrat hätte durchaus Bedarf, sich vertieft mit der eigenen Struktur auseinanderzusetzen. Es bestehen Doppelspurigkeiten und organisationales Verbesserungspotenzial. Die Begründung, der Gemeinderat sei nicht zuständig, ist formal korrekt, da der Stadtrat sich selbst organisieren kann. Doch wie die Stellen finanziert werden, liegt in der Kompetenz des Parlaments. Wir finanzieren Strukturen, bei denen eine Überprüfung der Aufgabenverteilung sinnvoll wäre; etwa wenn sich vier Departemente gleichzeitig mit Photovoltaik beschäftigen. Es war Teil des politischen Deals zur «7 statt 9»-Abstimmung, dass sich der Stadtrat selbst evaluiert – dies wurde jedoch nicht umgesetzt. Jetzt, mit einem neu konstituierten Stadtrat und Stadtpräsidium, wäre der richtige Zeitpunkt, die eigene Aufstellung zu hinterfragen. Wir lehnen die Motion ab, sehen aber eindeutigen, seit Jahren unbestrittenen Handlungsbedarf und erwarten, dass der Stadtrat diesen endlich angeht.

Karin Weyermann (Die Mitte): Ich kann das Votum von Moritz Bögli (AL) vollumfänglich unterstützen. Wir teilen die rechtliche Auffassung des Stadtrats, dass die Organisation in seiner Zuständigkeit liegt. Gleichzeitig muss festgehalten werden, dass der Stadtrat dieser Aufgabe bisher nicht nachgekommen ist. Wir fordern den Stadtrat eindringlich auf, seine Zuständigkeit wahrzunehmen und die notwendigen Reformen anzupacken. Der Handlungsbedarf ist bekannt und wird vom Parlament schon länger benannt. Wir würden es begrüßen, wenn sich die Exekutive dieser Aufgabe endlich widmen würde.

Serap Kahrman (GLP) beantragt Umwandlung in ein Postulat: Ich schliesse mich meinen Vorrednern an. Die GLP ist der Meinung, dass sich der Stadtrat dringend mit sich selbst beschäftigen sollte. Es ist befremdlich, dass in der Antwort zur Motion eine Drohkulisse aufgebaut wird, die vor Leistungsabbau bei den Verkehrsbetrieben (VBZ), Problemen bei der öffentlichen Sicherheit und in der Volksschule warnt. Eine Effizienzsteigerung von 30 Prozent lässt sich auch erreichen, ohne Leistungen zu streichen: durch Zentralisierung, Prozessoptimierung, Einbezug der Mitarbeitenden, Straffung der Hierarchieebenen oder Digitalisierung. Es ist unglaublich, mit welchen Begründungen sich der Stadtrat immer wieder davor drückt, die eigene Verwaltung zu reformieren. Daher sind wir bereit, die Motion als Postulat zu unterstützen und beantragen die Umwandlung.

Rahel Habegger (SP): Die SP lehnt den Vorstoss sowohl als Motion wie auch als Postulat ab. Das Sparvorhaben ist pauschal und fachlich nicht hergeleitet. Der Vorstoss



spricht zwar von Reformbedarf und Doppelspurigkeiten, benennt diese jedoch nicht konkret. Es bleibt offen, wie eine Kürzung von 30 Prozent ohne gravierende Folgen umgesetzt werden soll. Eine Reduktion in dieser Grössenordnung ohne massive Leistungskürzungen ist nicht realistisch. Die Verwaltung dient nicht dem Selbstzweck, sondern ermöglicht der Stadt, ihre Aufgaben rechtsstaatlich, zuverlässig und bürgernah zu erfüllen. Pauschale Kürzungen riskieren einen Abbau des Service public, was insbesondere Menschen trifft, die auf funktionierende öffentliche Leistungen angewiesen sind. Zudem muss festgehalten werden, dass die Verwaltung zwar laufend überprüft werden sollte, solche Verbesserungen jedoch evidenzbasiert und differenziert erfolgen müssen – nicht in einem starren Abbaukorsett. Der Verweis auf einen Bericht zur Verwaltungsentwicklung rechtfertigt kein lineares Sparprogramm von 30 Prozent. Der Bericht spricht von Weiterentwicklung, nicht von pauschalem Kahlschlag. Schlussendlich ist der Vorstoss institutionell höchst problematisch, da die Organisation der Verwaltung Sache des Stadtrats und nicht des Gemeinderats ist. Wir können eine Missachtung der Kompetenzordnung nicht zulassen. Der Vorstoss ist pauschal, unfundiert, realpolitisch kaum umsetzbar und birgt das Risiko eines grossen Leistungsabbaus; er ist schlichtweg Populismus.

Samuel Balsiger (SVP): Sie fragen nach einer Grundlage für eine solche Reform. Die Grundlage ist der Schlussbericht, den der Stadtrat selbst in Auftrag gegeben hat. Der Stadtrat führte im Jahr 2019 Workshops durch und liess einen Bericht erstellen, der grosse Ineffizienzen und Doppelspurigkeiten in den Bereichen Wohnen, Klima, Mobilität und Energie aufzeigt. Lesen Sie den Bericht. Da bisher nichts umgesetzt wurde – auch nicht nach der Überweisung des SVP-Vorstosses GR Nr. 2022/644 – sehen wir uns gezwungen, nachzufassen. STR Raphael Golta muss als Stadtpräsident Verantwortung übernehmen und nicht nur an Pride-Veranstaltungen teilnehmen, sondern tiefgreifende Reformen angehen. Das ist seine Aufgabe als Stadtvater. Setzen Sie um, was in Ihrem eigenen Bericht als richtig identifiziert wurde. Die Verwaltung ist überproportional gewachsen; mit den natürlichen Steuereinnahmen können die Personalkosten nicht gedeckt werden. Die Zahl von 30 000 Staatsangestellten ist korrekt, wenn man Personen und nicht Vollzeitstellen zählt. Die Verwaltung wurde zu einem Machtinstrument ausgebaut. Die SP achtet penibel darauf, dass die Verwaltung nicht kritisiert wird, da sie darin ihre Wähler und Machtbasis sieht – neben der Veloklientel, der Wohnungsklientel und dem Pflegepersonal. Sie müssen keine vernünftige Politik machen, sondern versprechen lediglich: «Wir schauen für euch.» Die SVP wird als Sozialabbauer diffamiert. Dieses Spiel betreiben Sie in dieser Stadt seit 30 Jahren. Sie bauen die Verwaltung aus, obwohl viele Aufgaben unnötig sind, die im Wettbewerb der Ideen keine Chance hätten. Weniger Sicherheit, hohe Steuern, Parkplatzabbau und Überfremdung sind keine Pluspunkte. Sie verteilen Geld, das andere erarbeitet haben, und plagen die Leistenden. Hören Sie auf umzuverteilen und stellen Sie sich dem Wettbewerb. Dann wird sich zeigen, ob die Bevölkerung Sozialismus oder eine funktionierende Gesellschaft wählt.

Andreas Egli (FDP): Wir bewegen uns im beliebten Topos des Gärtchendenkens. Im Zusammenhang mit Verwaltungsstrukturen in der Stadt Zürich ist dies leider zutreffend. Man baut nicht nur das eigene Gärtchen, sondern errichtet einen Gartenzaun, um möglichst viele Personen für die Pflege einzustellen. Der Garten wird so nicht schöner. Ich



war vor einigen Jahren an einem runden Tisch zur Werdinsel beteiligt, der Jahr für Jahr grösser wurde, bis die Koordination kaum mehr möglich war. Städtische Mitarbeitende berichteten hinter vorgehaltener Hand, dass effizientes Arbeiten und Selbstkoordination unmöglich seien. Der Aufwand für die Koordination mit der Quartierbevölkerung hinderte sie am eigentlichen Arbeiten. Ein Grundproblem komplexer Strukturen ist die Annahme, man müsse ständig etwas hinzufügen. Oft wäre weniger mehr. Gerade für eine effiziente Verwaltung wäre dies wünschenswert. Entscheidend ist nicht, wie viele Kästchen Stadträte und Stadträtinnen unter sich präsentieren dürfen, sondern dass die Aufträge des Parlaments und die gesetzlichen Vorgaben möglichst effizient erfüllt werden. Auch aufseiten der SP und Grünen dürfte bewusst sein, dass die aktuelle Organisation in vielen Bereichen nicht leistungsfähig und effizient ist. Daher befürworten wir die Umwandlung der Motion in ein Postulat, um dem Stadtrat den Prüfauftrag zu erteilen.

Johann Widmer (SVP) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Ich begrüsse, dass in mehreren Voten die Sinnhaftigkeit einer Verwaltungsreform anerkannt wird. Leider hat es der Stadtrat bis heute verpasst, aktiv zu werden. Die Kosten der Verwaltung müssen massiv reduziert werden; eine Reform könnte da als Hebel dienen. Wie der Stadtrat dies umsetzt, ist seine Sache und liegt nicht in unserer Kompetenz. Die Verwaltung ist gigantisch; Einsparungen von 30 Prozent im Durchschnitt sind sicher realisierbar. In einigen Departementen ist das Reorganisationspotenzial grösser als in anderen. Während bei den VBZ vielleicht nicht gespart werden sollte, finden sich bei der Asyl-Organisation (AOZ) sowie im Sozialdepartement (SD) und im Schuldepartement sicher Sparpotenziale. Auch das Präsidialdepartement könnte massiv gekürzt werden; wir benötigen nicht so viele Staatskünstler. Damit das Geschäft überwiesen werden kann, schwenken wir auf ein Postulat um und bitten um Überweisung des Anliegens.

Rahel Habegger (SP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2026/320 (statt Motion GR Nr. 2025/320, Umwandlung) wird mit 57 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Florian Utz (SP) beantragt Rückkommen auf die Schlussabstimmung über das Postulat und Wiederholung der Abstimmung: Obwohl die Personen anwesend waren, hat die Stimmzählung nicht korrekt funktioniert.

Samuel Balsiger (SVP): Wir müssen fair bleiben. Wenn Personen nicht oder zu spät am Platz sind, ist das nicht unser Problem und kein Grund, eine Abstimmung zu wiederholen. Der Antrag kann bei technischen Problemen oder in speziellen Fällen gestellt werden. Disziplin ist erforderlich, wie sie von der arbeitenden Bevölkerung erwartet wird.

Florian Utz (SP): Eine kurze Präzisierung: Cordelia Forde (SP) war sehr wohl am Platz. Dies lässt sich gegebenenfalls über die Videoübertragung des Rats überprüfen.



5 / 5

Sven Sobernheim (GLP): *Gut, dass wir nun einen konkreten Antrag haben. Bei technischen Defekten als üblichem Grund für ein Rückkommen muss spezifiziert werden, welches Gerät defekt war. Wir können nicht x-mal abstimmen, welcher Knopf nicht funktioniert. Wir prüfen, ob der Platz besetzt war, und entscheiden über das Rückkommen.*

Der Rat stimmt dem Antrag von Florian Utz (SP) mit 57 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

Das Postulat GR Nr. 2026/320 (statt Motion GR Nr. 2025/320, Umwandlung) wird mit 57 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat